

06.04.2009 21:34 Vereinigte Staaten Russische Föderation Dänemar

Polarregionen Clinton ruft an Konferenz zum Schutz der Polarregionen auf

Washington (sda/afp) Die USA wollen Konflikten um die künftige Nutzung der Polarregionen aktiv vorbeugen. US-Aussenministerin Hillary Clinton rief am Montag auf einer internationalen Konferenz zum Schutz von Arktis und Antarktis in Baltimore dazu auf, Streitigkeiten friedlich zu lösen.

Dabei gehe es um Fragen etwa bei der Erschliessung neuer Bodenschätze oder neuer Wasserwege. Ihr Land wolle dabei besonderen Wert auf Umwelt- und Klimaschutz in der Region legen.

Der Rückgang des Polareises und die bessere Zugänglichkeit insbesondere der Arktis infolge der Erderwärmung werde "langfristige Auswirkungen auf die Zukunft unseres Planeten haben", sagte Clinton bei der ersten gemeinsamen Sitzung der Mitglieder des Arktisrats und des Antarktisvertrags.

Die USA wollten daher eng mit den Anrainerstaaten zusammenarbeiten, um angesichts der Veränderungen "Frieden und Sicherheit auszubauen, die Wirtschaft zu fördern und die Umwelt zu schützen", sagte Clinton bei dem Treffen, an dem Vertreter von rund 60 Staaten und Organisationen teilnehmen.

Die Ministerin kündigte an, dass die US-Regierung als konkreten Schritt auf die Ratifizierung der UNO-Seerechtskonvention drängen wolle, die auch die Polarmeere betrifft. Die US-Regierung hatte den Text während der Präsidentschaft ihres Mannes Bill 1994 unterschrieben, der Kongress verweigerte ihm bislang aber die nötige Zustimmung.

Die USA, Russland, Dänemark, Norwegen und Kanada streiten um ihre Ansprüche in der rohstoffreichen Arktis. Unter dem Eis wird rund ein Viertel der weltweit vorhandenen Erdöl- und Erdgasvorkommen vermutet, durch die Gletscherschmelze lassen sich diese vermutlich bald ausbeuten.

Wer die unter dem Polareis versteckten Rohstoffe nutzen darf, ist jedoch umstritten. Russland hatte 2007 für heftige Proteste gesorgt, als es zum Zeichen seines Anspruchs auf die Rohstoffvorkommen eine russische Flagge auf dem Grund des Ozeans hisste.

Ein weiteres potenzielles Streitthema ist die Nutzung von Wasserwegen, sollte die Eisschmelze das Nordpolarmeer für die Schifffahrt zugänglich machen. Eine Schiffsverbindung zwischen Atlantik und Pazifik über die Nord-West-Passage entlang der kanadischen Nordküste könnte die Frachtgebühren zwischen Japan und Europa um 40 Prozent senken, sagte der norwegische Aussenminister Jonas Gahr Store.

(SDA-ATSVkr)

062134 apr 09